

27.06.90

AS

Vorschlag

an den Bundesrat

Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds
des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Mainz, den 27. Juni 1990

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Walter Momper

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

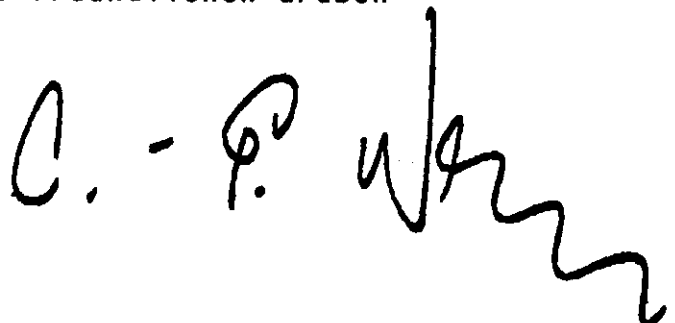
die rheinland-pfälzische Landesregierung hat am 26. Juni 1990
beschlossen, anstelle von Frau Staatsminister a.D. Dr. Ursula
Hansen

Frau Staatsminister Prof. Dr. Ursula Funke

zum Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit
für den Rest der derzeitigen Amtsperiode vorzuschlagen.

Ich bitte Sie, einen entsprechenden Beschluß des Bundesrates
herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen



06.07.90

Beschluß

des Bundesrates

zum

Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des
Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit

Der Bundesrat hat in seiner 616. Sitzung am 6. Juli 1990
beschlossen, gemäß § 195 Abs. 3 des Arbeitsförderungsgesetzes
anstelle von Frau Staatsminister a.D. Dr. Ursula Hansen

Frau Staatsminister Prof. Dr. Ursula Funke
(Ministerium für Soziales und Familie des
Landes Rheinland-Pfalz)

dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Berufung
als Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31. März 1992)
vorzuschlagen.